

Antworten von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN auf die Fragen der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände anlässlich der Landtagswahl 2011

Bitte beantworten Sie folgende Fragen:

1. Bildung in Kindertageseinrichtungen

Bildungserfolg muss unabhängig von der sozialen und regionalen der Kinder möglich sein. Vorschulische Bildung und individuelle Förderung müssen ausgebaut werden, um gleiche Startchancen für alle zu bieten.

1. Sind Sie der Meinung, dass ein Rechtsanspruch auf einen Ganztagskita-Platz für alle ab dem ersten Lebensjahr gerechtfertigt ist?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind dafür, dass alle Kinder in Sachsen-Anhalt einen Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und Betreuung in einer Kita haben. Der positive Bildungseffekt eines Krippenbesuches ist wissenschaftlich belegt und bessert die Bildungschancen eines Kindes - erst recht wenn es aus einer bildungsfernen Familie kommt - um ein erhebliches Maß. Kinder sollen unter Ihregleichen aufwachsen und so ihre Sozialkompetenz stärken. Auch lernen Kinder in einer Kita grundlegende, pädagogische Ansätze, die leider immer häufiger in den Kernfamilien vernachlässigt werden. In dem Sinne muss die Politik mehr Verantwortung für Kinder übernehmen.

2. Sollten Familien, die ihr Kind häuslich betreuen, eine finanzielle Anerkennung durch das Land erhalten?

Familien, die ihre Kinder in der Häuslichkeit erziehen, sollten auf jeden Fall mehr politische und soziale Anerkennung bekommen und so wieder eine neue Wertschätzung erhalten. In der Frage, an welcher Stelle sich das Land finanziell engagiert, müssen jedoch Prioritäten gesetzt werden. Hier steht bei uns die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf ganztägige Bildung und Betreuung in einer Kita für jedes Kind an erster Stelle.

3. Befürworten Sie eine Fortschreibung des Bildungsprogramms „Bildung: elementar - Bildung: von Anfang an“? Wie verbindlich sollte dessen Umsetzung in den Kitas sein?

Wir Grünen sprechen sich für eine Fortschreibung des Bildungsprogramms „Bildung elementar: - Bildung von Anfang an“ aus, denn Betreuung und Bildung der Kinder sind auch -aber nicht nur- ein Auftrag an die Kitas. Das Bildungsprogramm sollte als dringende Empfehlung, aber nicht gesetzlich verpflichtend an die Einrichtungsträger

gegeben werden. Solange die Finanzierung des zusätzlichen Personals oder die zusätzlichen Sach- und Betriebskosten nicht geklärt ist und offensiv angegangen wurde, ist es nicht richtig, etwas als gesetzlich verpflichtend festzuhalten.

4. Welches Ausbildungsprofil für die pädagogischen Fachkräfte würden Sie befürworten?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben eine Offensive für Ausbildung und Nachqualifizierung in der Frühpädagogik an und fordern eine Öffnung für die Zulassung von artverwandten Studiengängen im erzieherischen Bereich. Es wäre wünschenswert auch Bachelor- und Magisterabsolventen bei sehr guter persönlicher Eignung für die Beschäftigung im erzieherischen Bereich zuzulassen, die durch Nebensstudienfächer oder Vertiefungen ihre Kompetenzen im pädagogischen Bereich erweitern haben. Gerade jetzt, wo der Fachkräftemangel auch im sozialen und pädagogischen Bereich zunimmt, sollte der Gesetzgeber als auch die Politik den Gestaltungsspielraum für Fachkräfte und Hochschulabsolventen erweitern.

2. Bildung in der Schule

Nur mit dem Ausbau der personellen und finanziellen Kapazitäten der Schulen, einer Modernisierung der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte sowie einem Ausbau der Schulsozialarbeit kann eine individuelle Förderung aller Talente im Land gelingen.

1. Wie sollte ein modernes Schulsystem ihrer Meinung nach aussehen?

2. Wie wollen Sie den Umbau von Schulen zu sozialen und Bildungs- und Lernzentren mit besseren Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler, sowie deren individueller Förderung vorantreiben?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mehr Chancengleichheit im Bildungswesen und einen gerechten Zugang zu Bildung für alle Kinder und Jugendliche. Durch die Aufteilung der Kinder nach der vierten Klasse wird in unserem jetzigen Schulsystem verfrüht und ungerecht über spätere Lebenschancen entschieden. Internationale Schulleistungsuntersuchungen zeigen, dass die Sortierungen in unserem dreigliedrigen Schulsystem viel zu früh stattfinden und stark durch den sozialen Hintergrund der Kinder bestimmt werden. Um die soziale Gerechtigkeit zu erhöhen, wollen *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN* eine längere gemeinsame Lernzeit einführen. Eine solche Umstellung zu einer Gemeinschaftsschule soll von allen Beteiligten auf der kommunalen Ebene entschieden und getragen werden.

Um der Benachteiligung von Kindern aus sozialschwachen Familien zu begegnen sollen Lernmittel ab der 1. Klasse sowie die Schülerbeförderung für Vollzeitschülerinnen und -schüler sollen bis zum Ende der Schulzeit kostenfrei sein. Für alle Kinder und Jugendlichen wollen wir ein gesundes warmes Mittagessen in allen Kindertagesstätten, Horten und Schulen anbieten, für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen kostenlos.

Eine bestmögliche individuelle Förderung für jedes Kind ist ein zentrales bildungspolitisches Anliegen von *BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*. Erreichen wollen wir dies

durch eine Verbesserung Lehrerbildung. Lehrkräfte müssen in der Lage sein, sich an der individuellen Stärke der Kinder zu orientieren.

3. Förderung von Familienbildung/Elternarbeit

Die Förderung der Familie und der Familienbildung ist politisch stärker in den Blick zu nehmen, um gesellschaftliche Stabilität als Basis funktionierender Sozialsysteme zu gewährleisten. Die Herausforderungen, mit denen Familien heute konfrontiert werden, haben sich in den letzten Jahrzehnten sehr verändert. Unter der Devise „Lernen, Familie zu leben“ versteht sich Familienbildung als ein wichtiger, präventiver Arbeitsbereich im Gesamtbild der Familienförderung. Besonders stehen dabei Angebote für Eltern mit Erziehungsverantwortung im Mittelpunkt. In Sachsen-Anhalt wurden kontinuierliche Schritte, um den Bereich der Familienförderung auszubauen bzw. Angebote auf regionaler Ebene anzuregen. Die Familienverbände als Lobby für Familie werden dabei vom Land Sachsen-Anhalt unterstützt.

1. Wie wollen Sie den Weg der Familienförderung weiter gestalten?

Wir stimmen mit ihnen überein, dass sich Sachsen-Anhalt in der Zusammenarbeit und Förderung der Familien auf einem guten Weg befindet. Wir müssen uns als Landesebene auf von uns beeinflussbare Faktoren konzentrieren. Ein wesentlicher Faktor ist dabei die Novellierung des Kinderfördergesetzes dahingehend, dass auch so genannte Randzeiten und Krankheitszeiten des Kindes abgefangen werden können. Vorbildliche Ansätze wie vom Städtischen Klinikum Dessau oder vom Färberhof in Stendal sollten landesweit verfolgt werden.

B90/Die Grünen stehen für ein sicher finanziertes und dauerhaft angelegtes Netz von Beratungs- und Unterstützungsangeboten. Hier müssen Synergien mit anderen Beratungsangeboten gesucht werden, um auch unter demografischen Gesichtspunkten Angebote dauerhaft aufrechterhalten zu können.

Wir setzen uns für die verstärkte Umsetzung des Audits Beruf und Familie ein. Dies ist ein äußeres Zeichen und eine Anerkennung, für familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Flexible Arbeitszeiten, ein Paradigmenwechsel weg von einer Anwesenheitskultur sind für uns weitere wesentliche Stichworte.

Wir halten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel Angaben zur Familienfreundlichkeit als Mittel für geeignet, das Klima für Familien im Land weiter positiv zu beeinflussen.

2. Wie sehen Sie künftig Rolle der Landesfamilienverbände und der Familienzentren?

Familienverbände sind wichtige Partner der Verwaltung und der Parteien. Sie bündeln deren Interessen und werden als solche von uns sehr ernst genommen. Im Zuge der Neuordnung der Beratungslandschaft in Sachsen-Anhalt muss auch gemeinsam mit den Landesfamilienverbänden deren Rolle und deren Aufgaben zukunftsorientiert für die nächsten Jahre definiert werden. Es müssen Ziele entwickelt werden, an denen

sich beide Seiten messen lassen müssen. Die Unterstützung der Geschäftsstellen soll über längerfristige Verträge im gegenseitigen Vertrauen geregelt werden.

3. In welchem Maße werden Sie den bedarfsgerechten Ausbau der Familienbildungsangebote vorantreiben? Wo werden Sie Schwerpunkte setzen?

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten Familienbildungsangebote für wichtige Bausteine zur Verhinderung von Kindesvernachlässigung und -misshandlung. Angebote der Familienbildung vermitteln Eltern Kompetenzen, die es ihnen erlauben, mit Alltagssituationen genauso wie mit Krisen umzugehen, ohne in vollkommene Überforderung abzurutschen – was oft der Grund für Vernachlässigungen ist. Daher sind Familienbildungsangebote ein entscheidender Baustein der Prävention und des Kinderschutzes. Wichtig ist auch, dass Familien gemeinsam etwas tun, um das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken oder neu zu entdecken.

Wir sehen jedoch ein Problem darin, welche Eltern tatsächlich mit Familienbildungsangeboten erreicht werden können. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass Träger von Familienbildungsangeboten berichten, dass sie nicht oft genug Eltern erreichen, die diese Angebote am nötigsten haben. Daher braucht es in Sachsen-Anhalt verstärkt niedrigschwellige Angebote wie Mütter- oder Stadtteilzentren, in denen Eltern zusammenkommen und an die Hilfsangebote herangeführt werden können. Diese müssen sich aber auf eine kontinuierliche Förderung verlassen können und sich nicht von Jahresprojekt von Jahresprojekt hangeln müssen. Auf diese Weise kann keine nachhaltig wirksame Arbeit geleistet werden und zu viel Zeit fließt in das Akquirieren von Fördermitteln und Ko-Finanzierungen. Auch können diese Projekte nicht hauptsächlich auf dem Engagement von Ehrenamtlichen und/oder 1-Euro-Jobbern beruhen. Auch das bringt eine zu hohe Diskontinuität in der Arbeit und wirft die Frage nach den fachlichen Standards auf. Wir unterstützen ehrenamtliches Engagement in diesem Bereich, dieses kann aber immer nur ergänzend neben und mit Fachkräften geschehen.

Wir wollen Kindertagesstätten zu Familienkompetenzzentren weiterentwickeln. Dies kann nur in der Gemeinsamkeit mit den Trägern der Einrichtungen geschehen.

4. Wie stehen Sie zum Aufbau von Familienzentren mit Angebot der Elternarbeit und Familienbegegnung gegebenenfalls mit Einbeziehung von Kindertagesstätten? Werden Sie das mit Investitionen unterstützen?

Wir wollen Kindertagesstätten zu Familienkompetenzzentren weiterentwickeln. Dies kann nur in der Gemeinsamkeit mit den Trägern der Einrichtungen geschehen.

Den Investitionsbedarf sehen wir hier eher in der Kompetenzentwicklung der in den Einrichtungen Tätigen. Das muss im Fortbildungsprogramm des Landes entsprechend berücksichtigt werden.